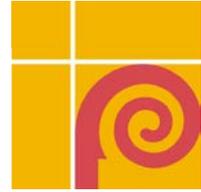


11.02.2016  
022a

PRESSEMITTEILUNGEN  
DER DEUTSCHEN  
BISCHOFSKONFERENZ



**Statement**  
**von Erzbischof Dr. Heiner Koch (Berlin),**  
**Mitglied der Migrationskommission und der Kommission**  
**Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz**

**anlässlich der Vorstellung**  
**der „Allianz für Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaat –**  
**gegen Intoleranz, Menschenfeindlichkeit und Gewalt“**  
**am 11. Februar 2016 in Berlin**

Im letzten Jahr haben mehr als eine Million Menschen Schutz und Zuflucht in unserem Land gesucht. Angesichts der hohen Flüchtlingszahlen erleben wir in unserer Gesellschaft nach wie vor ein beeindruckendes Maß an Solidarität, Hilfsbereitschaft und Mitgefühl. Doch auch die Anzeichen der Verunsicherung, Ratlosigkeit und Überforderung sind unverkennbar. In zunehmendem Maße wird in der öffentlichen Debatte ein rauer Tonfall angeschlagen, der den Anliegen schutz- und hilfsbedürftiger Menschen in keiner Weise gerecht wird. Besonders bedrückend ist die dramatische Zunahme fremdenfeindlicher Ausschreitungen und Gewalttaten: Im letzten Jahr zählte das Bundeskriminalamt mehr als 1000 Übergriffe auf Asylbewerberunterkünfte, davon über 90 Brandstiftungen. Die Bilder brennender Asylbewerberunterkünfte dürfen in unserem Land nicht zur traurigen Normalität werden. Vielmehr führen sie uns immer wieder das unerträgliche Verrohungspotential fremdenfeindlicher Ideologien drastisch vor Augen.

Gleichzeitig müssen wir uns damit auseinandersetzen, dass rechtspopulistische oder rechtsextreme Parolen zunehmend auch in die Mitte unserer Gesellschaft vordringen. Es zeigt sich vielerorts eine bedenkliche Kluft zwischen dem Diskurs der gesellschaftlichen Eliten und den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Wem das gesamtgesellschaftliche Wohl am Herzen liegt, der muss konkrete Sorgen und Befürchtungen in unserer Bevölkerung sehr ernst nehmen. Wie steht es um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land? Wie tragfähig sind unsere Werte und Normen? Wie wird sich die Identität unseres Landes verändern? Wie wirken sich die Flucht- und Migrationsbewegungen auf die persönliche Situation all derer aus, die sich

Kaiserstraße 161  
53113 Bonn

*Postanschrift*  
Postfach 29 62  
53019 Bonn

Tel.: 0228-103 -214  
Fax: 0228-103 -254  
E-Mail: [pressestelle@dbk.de](mailto:pressestelle@dbk.de)  
Home: [www.dbk.de](http://www.dbk.de)

*Herausgeber*  
P. Dr. Hans Langendörfer SJ  
Sekretär der Deutschen  
Bischofskonferenz

schon länger an den Rand der Gesellschaft gedrängt fühlen? Wie können die Anliegen der Aufnahmegesellschaft und die Bedürfnisse der Flüchtlinge miteinander in Einklang gebracht werden? Die Verantwortungsträger in Kirche, Gesellschaft und Politik werden diesen und ähnlichen Fragen nicht einfach ausweichen können.

Doch so sehr wir eine offene und ehrliche Debatte über die Herausforderungen unserer Tage brauchen, so wenig dürfen wir uns dabei von diffusen Ängsten und rhetorischen Dramatisierungen in die Irre führen lassen. So sehr wir auch um vernünftige Lösungen ringen müssen, so wenig dürfen wir Verrat an grundlegenden humanitären und rechtsstaatlichen Errungenschaften begehen. Eine Grenze ist immer dann überschritten, wenn Flüchtlingen ihre Schutz- und Hilfsbedürftigkeit von vornherein abgesprochen wird, wenn sie nicht mehr als Menschen mit unveräußerlichen Grundrechten respektiert werden, wenn sie stattdessen pauschal als Gefahr und Bedrohung diffamiert werden. Solchen Tendenzen wollen wir als Initiatoren der „Allianz für Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaat“ gemeinsam entgegenwirken – in unseren jeweiligen Organisationen und darüber hinaus auch in der gesamten Gesellschaft.

Bei allen politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um einen angemessenen Umgang mit den hohen Flüchtlingszahlen dürfen wir niemals den Ausgangs- und Zielpunkt all unserer Bemühungen aus dem Auge verlieren: die Wahrung der individuellen Würde jedes Flüchtlings und Migranten – unabhängig von seiner Herkunft, seiner Religion und Weltanschauung und unabhängig von der Frage, weshalb er in unser Land gekommen ist und ob er hier eine dauerhafte Bleibeperspektive erhalten kann.

Aus kirchlicher Sicht kann dabei nicht oft genug betont werden: Wer mit Worten oder Taten zur Ausgrenzung und Herabsetzung von Flüchtlingen und Migranten beiträgt, der kann sich nicht auf das Christentum berufen. Menschenfeindlichkeit und Fremdenhass stehen nicht nur im klaren Widerspruch zu den Werten unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, sondern zeugen letztlich immer von einer tiefen Missachtung der christlichen Botschaft.